



**Fortbildungskurs Strassenverkehr, Luzern**  
**27. Oktober 2006**  
**"Experten geben Auskunft"**

---

**Thema: Verfügung / Veröffentlichung von Signalen**

---

**Frage 1:**

Nach Art. 107 Abs. 1 SSV sind örtliche Verkehrsanordnungen, die durch Vorschrifts- oder Vortrittssignale oder durch andere Signale mit Vorschriftscharakter angezeigt werden, von der Behörde zu verfügen und mit Rechtsmittelbelehrung zu veröffentlichen.

In Abs. 3 von Art. 107 SSV sind die Signale aufgeführt, die weder verfügt noch veröffentlicht werden müssen. In der abschliessenden Aufzählung Bst. a-o sind Signale aufgeführt, die sich aus grundsätzlichen Bestimmungen (SVG/VRV) - z.B. "50 generell" - oder baulich/ funktionell - z.B. "Autobahn"/"Zollhaltestelle" - ergeben.

Andere Signale, die sich ebenfalls aus den grundsätzlichen Bestimmungen - z.B. "Hindernis rechts umfahren" (Art. 7 Abs. 3 SVG [recte: VRV]) oder baulichen Gründen - z.B. "Höchsthöhe" - ergeben, müssen hingegen verfügt und veröffentlicht werden.

Woraus ergibt sich bzw. ergab sich diese Diskrepanz?

---

**Antwort:**

Die Signale mit Vorschriftscharakter, welche in Art. 107 Abs. 3 SSV aufgeführt sind, müssen nicht verfügt und publiziert werden, weil hier die anordnende Behörde keinen Ermessensspielraum hat, ob und wie eine Signalisation angebracht werden soll. Es handelt sich dabei einerseits um Signalisationen, welche direkt auf einschlägigen Bundesbeschlüssen und Bundeserlassen beruhen. Beispielsweise erfolgt die Signalisation "Verbot für Fahrzeuge mit gefährlicher Ladung" oder "Verbot für Fahrzeuge mit wassergefährdender Ladung" aufgrund der Bestimmungen in der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR); die SDR schreibt in Anhang 2 ausdrücklich vor, auf welchen Strassenstrecken in der Nähe geschützter Gewässer bzw. in welchen Tunnels Gefahrgutbeförderungen untersagt sind, mit der Folge, dass der anordnenden Behörde jeglicher Ermessensspielraum abgeht. Andererseits erfasst Art. 107 Abs. 3 SSV auch Fälle, bei denen sich das Erfordernis der Signalisation aus faktischen Gegebenheiten ergibt (Beispiel: Signal "Zollhaltestelle").

Bei allen übrigen Vorschrifts- und Vortrittssignalen handelt es sich hingegen um örtliche Verkehrsanordnungen, die erst durch den rechtskräftigen Entscheid der zuständigen kantonalen oder kommunalen Behörde neue Rechte und Pflichten für den Verkehrsteilnehmenden begründen. Deshalb muss die Anbringung dieser Signale behördlich verfügt und mit einer Rechtsmittelbelehrung veröffentlicht werden.

Anzumerken bleibt, dass das Signal "Höchsthöhe" in Art. 107 Abs.3 SSV (entgegen der Auffassung des Fragestellers) sehr wohl aufgeführt ist (vgl. Bst. c), und zwar

weil sich aus der Verordnung und den Weisungen ergibt, welche Hindernisse mit welcher Maximalhöhe zu kennzeichnen sind; das erwähnte Signal muss deshalb weder verfügt noch veröffentlicht werden. Demgegenüber wird mit den Signalen 2.32 ff., welche die vorgeschriebene Fahrtrichtung anzeigen, eine Verkehrsmassnahme signalisiert, die ein von der allgemeinen Verkehrsregel von Art. 7 Abs. 3 VRV abweichendes Verhalten herbeiführen soll und folglich verfügt und veröffentlicht werden muss.

---